

Thema: Attac

Autor: Edith Meinhart

Loch auf, Loch zu

Finanzmarkt. Banker sind drauf und dran, die Buhmänner der Nation zu werden. Das beflügelt die aktuelle Debatte über die Bankensteuer.

Von Edith Meinhart

Michael Ikrath ist Generalsekretär des Sparkassenverbands, ÖVP-Politiker und ein verständiger Mann. Er könne nachvollziehen, dass Leuten die Galle hochkommt, wenn US-Banken bereits Boni in Rekordhöhe ausschütten, während die Steuerzahler noch an den Folgen der Krise würgen.

Wut und Empörung richten sich jedoch inzwischen gegen „die Banken“, und somit auch jene, die für den finanzpolitischen Tsunami, der die Weltwirtschaft mitgerissen hat, „sicher nichts können“. Dafür fehlt dem Sparkassen-Manager dann doch das Verständnis. In Ermangelung verdienter Feindbilder bekämen es nun die Falschen ab: Ein Goldman-Sachs-Manager schaue halt selten in Waidhofen an der Ybbs vorbei, da könne es schon vorkommen, dass kreuzbiedere Bankdirektoren am Stammtisch „ordentlich beschimpft werden“.

Ikrath lässt die Befindlichkeit seiner Kundschaft regelmäßig erforschen. Der jüngste Befund: Der Hausbank vertraut man nach wie vor, die Finanzbranche insgesamt ist in der Defensive. Ein Tenor, der sich durch die Umfragen zieht: Vergangene Woche ermittelte das Meinungsforschungsinstitut OGM, wer bei der Bevölkerung gut angeschrieben ist. Ganz oben rangieren – wie immer – die Ärzte. Der Bankbeamte vom alten Schlag, grundsolide, hochanständig und unbedingt vertrauenswürdig, aber ist passé. Im aktuellen Ansehensranking rangieren Banker an vorletzter Stelle – hinter Politikern (siehe Grafik).

Ganz ungefährlich ist die Stimmungslage nicht. Vor zwei Monaten meldete sich der deutsche Konfliktforscher Wilhelm Heitmeyer zu Wort: Der gesellschaftliche Zusammenhalt sei bedroht, dabei sei die Krise bei den Menschen noch gar nicht richtig angekommen. 90 Prozent der Befragten machten Banker für die globale Krise verantwortlich, mehr als 70 Prozent auch das Wirtschaftssystem per se. Selbst in gehobenen Bildungsschichten breite sich ein Gefühl von Ohnmacht aus. Das spiele rechtspopulistischen Mobilisierern in die Hände, warnen die Forscher.

Die heimischen Kreditinstitute pochen



Vizekanzler Pröll, Kanzler Faymann
Beiträge zum Budget dringend gesucht

darauf, die Krise nicht verursacht zu haben, doch lehren die Causen Bawag, Meinel Bank, Hypo, Investkredit, dass distinguiertes Auftreten und eine spießige Fassade täuschen können. Beim Spekulieren seien alle munter dabei gewesen, sagt Ökonom Stephan Schulmeister: Immerhin setzten sie das Fünfzehnfache des Bruttoinlandsprodukts mit Devisenhandel um.

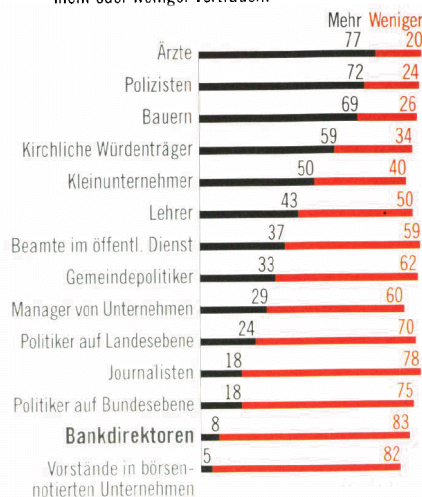
Nothelfer. Die Folgen der Krise spüren die Österreicher alleinal: 5,8 Milliarden Euro plant die Regierung bis zum Jahr 2013 einzusparen. Um das Land auf den von der EU geforderten Budgetkurs zu zwingen, müssen entweder Ausgaben gestrichen oder mehr Steuern eingehoben werden. In den USA bittet Präsident Barack Obama die Investmentbanken nun mit einer Bankensteuer zur Kasse. Eine populäre Entscheidung: Finanzmarkt-Hasardeure sind die Buhmänner der Nation. Das „Wallstreet Journal“ geißelte Goldman Sachs, einst die reputationellste Bankadresse auf dem Globus, dafür, „das Beste aus beiden Welten zu genießen“: enorme Profite – und den Steuerzahler als Nothelfer.

SPÖ-Bundeskanzler Werner Faymann ließ sich von Obama inspirieren und legte im Ministerrat ein schmales Papier zu einer Bankensteuer vor, die dem Budget jährlich 500 Millionen Euro bringen soll. SPÖ-Finanzstaatssekretär Andreas Schieder hält so eine Abgabe schon aus moralischen Erwägungen für gut und richtig: „Die Menschen haben Angst, den Job zu verlieren, und lesen, dass Banken wieder fette Gewinne machen. Das erzeugt Wut. Wir müssen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt achten, das ist auch im Sinne der Banken.“ Die Bankenvertreter blockten ab. Warum sollten sie etwas beitragen? Bawag-Managerin Regina Prehofer: „Die Banken in Österreich haben für die Staatshilfe gezahlt.“

5,4 Milliarden Euro Kapital stellte der Staat zur Stabilisierung der Bankenwelt zur Verfügung, die – zumindest von den gesunden Instituten – mit bis zu 9,3 Prozent Zinsen zurückgezahlt werden. Schon aus diesem Grund seien die hiesigen Verhältnisse nicht mit amerikanischen zu vergleichen, sagt Ikrath. Und: „Provokante Boni gibt es bei uns nicht.“ Die von Faymann vorgeschlagene Steuer belas- ▶

Angesehen

Welchen Berufsgruppen die Österreicher mehr oder weniger vertrauen.



Thema: Attac

Autor: Edith Meinhart

te die Bilanzen. Letztlich zahlten dafür die Kunden, wenn Kredite sich verteuerten.

Die ÖVP steht aufseiten der Banken. Sie will bei den Ausgaben sparen, statt die Geldinstitute zu schröpfen. Doch der Druck wächst. „Wie die Kosten der Krise verteilt werden, entscheidet über die Armut. Jetzt gehen die Verteilungskämpfe los“, prophezeit Martin Schenk von der Armutskonferenz. Natürlich würden die Banken lieber ohne Obolus davonkommen. Doch es mehren sich Stimmen, die dafür plädieren, sich nicht aus der Verantwortung zu stehlen. Ikrath: „Der Beitrag sollte aber gescheit sein und nicht die Falschen treffen.“ Sprich: Bremsen dürfe man nur das spekulative Geschäft.

Pfui-Liste. Eine Wiedereinführung der Erbschafts- und Schenkungssteuer, höhere Steuern auf Stiftungserlöse, Vermögen- und Vermögenszuwachssteuern, eine Verlängerung der Spekulationsfrist bei Aktien stehen auf der Pfui-Liste der ÖVP. Leben kann man mit einer Finanztransaktionssteuer – wenn andere Länder mitziehen. Ein geringer Aufschlag auf alle grenzüberschreitenden Finanztransaktionen – eine der Gründungsförderungen der globalisierungskritischen Attac-Bewegung – steht sowohl auf europäischer Ebene als auch beim nächsten Treffen des Internationalen Währungsfonds (IWF) in New York auf der Agenda. „Die Zeit, sie einzuführen, war nie so günstig“, sagt Attac-Finanzmarktexpertin Karin Kübelböck.

Die Bankensteuer, von der die SPÖ jetzt spricht, hält der Koalitionspartner aber für „nicht ausgegoren“. Aus dem Büro von Vizekanzler Josef Pröll heißt es, Faymanns Papier bestehe bloß aus „Schlagworten“. Wird die Steuer auf die Konzernbilanzsumme eingehoben, werden Auslandstöchter herausgenommen? Zieht man von der Bilanzsumme nur Spareinlagen ab oder auch Kredite an Klein- und Mittelbetriebe? SPÖ-Mandatar Christoph Matznetter will das nicht hören. Erstens habe es eine Bankensteuer bis 1993 schon gegeben, sie wurde mit der Vermögensteuer abgeschafft. „Sie ist weder neu noch grauslich. Außerdem haben die Banken vor der Krise fette Gewinne gemacht und immer weniger Steuern gezahlt.“ Finanzstaatssekretär Schieder sekundiert: „Wenn es bessere Vorschläge gibt, kann man darüber reden, gar nichts tun geht nicht.“

Mitarbeit: Martina Lettner